



Demokratie – Sprengstoff für linke Politik

Warum Trump und Co. gewählt werden

Karl-Martin Hentschel

Der Philosoph Michael J. Sandel hat ein Buch^[1] geschrieben, das politischen Denkstoff – oder sollte man sagen Sprengstoff? – beinhaltet. Es kritisiert eines der Lieblingsprojekte der politischen Linken: Chancengleichheit durch Bildung (er nennt es „Meritokratie“). Dieses Konzept trage nicht dazu bei, dass die Ungerechtigkeit geringer wird, sondern im Gegenteil dazu, dass die wachsende Ungleichheit gerechtfertigt wird. Es führt seines Erachtens dazu, dass die „smarten“ Hochschulabsolventen – die Bildungselite – arrogant auf die große Mehrheit der Bevölkerung, die nicht studiert hat, herabschauen. Darauf führt er als Gegenbewegung die Wahl von Trump, den Brexit in UK und die Wahl von rechten Parteien in vielen europäischen Staaten zurück.

Michael J. Sandel, geb. am 9. März 1953 in Minneapolis, ist ein US-amerikanischer Philosoph und Mitbegründer des Kommunitarismus. Er ist seit 1980 Professor für politische Philosophie an der Harvard University. Er wurde bekannt durch seine Kritik an John Rawls, in der er dessen abstrakten Freiheitsbegriff kritisiert, da eine Priorität für die Freiheit ohne soziale Werte und Tugenden nicht akzeptabel ist.

abschluss fragen sich, warum Frauen, Farbige und Behinderte gefördert werden, sie aber als „white trash“ diskriminiert und in Fernsehsendungen als „dumm“ und „ungebildet“ dargestellt werden.

Daraus entsteht ein Hass, der sich nicht primär gegen die „Reichen“, sondern vor allem gegen die Bildungselite wendet.

Ursache dafür ist der technokratische und meritokratische Ansatz, mit dem sowohl die konservativen wie die linken (liberalen) Parteien das Projekt der Globalisierung entworfen und ausgeführt haben. Insbesondere linke Politiker wie Bill Clinton, Toni Blair und Gerhard Schröder aber zuletzt auch Barack Obama haben mit ihrer starken Betonung von Bildung und Chancengleichheit entscheidend dazu beigetragen, dass nichtakademische Berufe entwertet werden und der „Arbeiter“ nichts mehr zählt. Infolgedessen haben die linken Parteien das Vertrauen der einfachen Menschen verloren und wurden zu Akademikerparteien. Heute werden linke Parteien in allen wohlhabenden Staaten weltweit um so mehr gewählt, je höher der Bildungsstand ist.

Diese Wandlung hatte zuvor schon der Ökonom Thomas Piketty beschrieben^[2]. Er führte die Wandlung der linken Parteien zu Akademikerparteien auf die Bildungsrevolution der 60er und 70er Jahre zurück. So stieg in Deutschland die Zahl der Studienanfänger von 5 Prozent im Jahre 1950 bis 2020 auf über 50 Prozent eines Jahrgangs, von denen aber mehr als ein Drittel keinen Abschluss schafft. In dieser Zeit strömten viele Menschen mit Hochschulbildung, die dadurch eine Chance bekommen hatten, begeistert in die linken Parteien und die Arbeiter gerieten in die Minderheit.

Die Zunahme der Ungleichheit

Die Betonung der Chancengleichheit erweckt den Eindruck, dass damit etwas gegen die Ungleichheit getan wird. Diese Forderung wirkte jedoch um so unglaublicher, je mehr sie immer stärker in Kontrast mit der Wirklichkeit geriet:

Tatsächlich landeten die Einkommenszuwächse nur bei den oberen Einkommen. Das Realeinkommen der ärmeren Hälfte der Bevölkerung ist in den USA in den letzten 40 Jahren sogar gesunken. Das Einkommen des reichsten ein Prozent ist mit über 20 Prozent höher als das der ärmeren 50 Prozent, die nur 12 Prozent des Gesamteinkommens bekommen.

Auch in Deutschland hat die Ungleichheit dramatisch zugenommen. Der Anteil der unteren Hälfte der Bevölkerung am Gesamtvermögen fiel seit 1980 von

Kulturkampf

Der Autor hält es für einen Fehler, in populistischen Protesten nur Engstirnigkeit oder Wut auf die wachsende Ungleichheit zu sehen. Die Klagen und Proteste der Menschen, die Donald Trump gewählt haben, sind nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch moralischer und kultureller Natur. Es geht ihnen nicht nur um Löhne und Arbeit, sondern auch um gesellschaftliche Wertschätzung. Die weißen Männer ohne Hochschul-

1 Michael J. Sandel: Vom Ende des Gemeinwohls – Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratien zerreißt. S. Fischer Verlag, Frankfurt 2020; Originalausgabe: *The Tyranny of Merit: What's Become of the Common Good?* Farrar, Straus and Giroux, New York 2020.

2 Thomas Piketty: Kapital und Ideologie, Verlag C.H.Beck, München 2020 – Originalausgabe: *Capital et Ideologie*, Edition du Seuil 2019.

Fotos für Collage: (Trump) Markku Späskke, (Plakate) Annie Spratt, (Wahlzettel) Mika Bärtsch

fünf Prozent auf unter zwei Prozent.^[3] Dazu hat erheblich die Abschaffung der Vermögenssteuer und das Amputieren der Erbschaftssteuer beigetragen. Allerdings sind die Zahlen in Deutschland noch weit von denen in den USA entfernt: Das Einkommen des reichsten ein Prozent liegt hier bei 13 Prozent, das der ärmeren 50 Prozent dagegen noch über 20 Prozent.

Keine Chancengleichheit durch die Bestenauslese



Die Auslese der Besten erfolgt in den USA heute nicht mehr wie bis in die 70-er Jahre über diskriminierende Auswahlkriterien (keine Schwarzen und Farbigen, keine Juden, nur wer Geld hat), sondern über ein differenziertes Bewertungssystem. Dieses besteht einmal aus Schulnoten, dazu kommt eine Art Intelligenztest – der SAT (Standard Aptitude Test) sowie weiteren Kriterien wie sportliche Leistungen und ehrenamtliches Engagement.

Tatsächlich stieg als Ergebnis dieser Auslese das Niveau gegenüber den 50er und 60er Jahren deutlich an. Die Diversität nach Geschlecht, Herkunft, Hautfarbe hat erheblich zugenommen.

Aber die soziale Mobilität wurde seit den 1940er Jahren nicht vergrößert, sondern sogar verringert. Die Mobilitätsquote (der Anteil der Studierenden aus den unteren 20 Prozent, die sich in die oberen 20 Prozent nach Einkommen hocharbeiten) liegt landesweit unter zwei Prozent.

Die Gründe dafür sind einmal die hohen Studiengebühren, die in den letzten Jahren rapide angewachsen sind. Sie haben bei den Studierenden aus der Unterschicht zu einem wachsenden Schuldenberg geführt.

Zum anderen sind es aber die Auswahlverfahren und Tests, auf die die Oberschicht ihre Kinder durch teure Privatschulen, Prüfungsvorbereitungskurse, Auslandsaufenthalte und vieles andere schon beginnend im Kleinkindalter systematisch vorbereiten. Die Korrelation der Schulnoten und des SAT mit dem

³ Karl-Martin Hentschel: Aktuelle Studien zur Ungleichheit des Vermögensbesitzes in Deutschland. Zeitschrift für Sozialökonomie – online, Oldenburg 1/2021; siehe https://www.sozialoekonomie-online.de/files/archiv/ab%202019:%20Online-Beitraege/ZFS%C3%96-ONLINE_Hentschel_Studie_Verm%C3%B6gensbesitz_Deutschland.pdf



Einkommen ist erheblich. Von der Spitzengruppe der Bewerberinnen mit dem besten SAT kamen bei einer Untersuchung nur vier Prozent aus dem unteren Viertel der Gesellschaft.

Auch die Berücksichtigung von sportlichen Fähigkeiten und ehrenamtlichem Engagement hat dazu beigetragen. Die meisten relevanten Sportarten wie Squash, Lacrosse, Segeln, Rudern, Golf, Wasserpolo, Fechten und Reiten werden überwiegend von Kindern aus privilegierten Elternhäusern ausgeübt. Und die Kinder werden schon von klein auf dazu angehalten, Ehrenämter in Vereinen zu übernehmen. Und wenn das nicht reicht, dann können Millionäre immer noch für ihre Sprösslinge einen Studienplatz mit horrenden Geldspenden an privaten Eliteuniversitäten sichern.

Ein weiterer Effekt sind die extremen Auswirkungen des Systems auf die Kinder. Die Freiheit der Kinder der Mittelschicht wurde radikal eingeschränkt. Die Zeit der Hausaufgabenhilfe hat sich seit 1976 verfünffacht! Die Zahl der psychischen Krankheiten (insbesondere Depressionen), der Drogenkonsum und die Selbstmorde von Jugendlichen stiegen stark an.

Als Ausweg aus dieser Sackgasse schlägt Sandel vor, die Unis wieder öffentlich zu finanzieren, die Studiengebühren zu senken und von den Bewerberinnen nur eine Mindestqualifikation zu verlangen und dann die Studienplätze unter allen, die diese erfüllen, auszulosen.

Smart und dumb



Der wachsende Leistungsdruck hat noch eine weitere Auswirkung. Viele An-

gehörige der Oberschicht (die Meritokratie) sind zunehmend davon überzeugt, dass sie die hohen Einkommen wirklich verdient haben. Das gilt insbesondere für die Absolventen der Eliteuniversitäten, die acht Jahre nach ihrem Abschluss ein unglaubliches Durchschnittseinkommen von 200.000 Dollar im Jahr beziehen.^[4]

Das ständige Gerede von Chancengleichheit und Aufstieg durch Bildung (= Hochschulabschluss) als Antwort auf die Globalisierung führt dagegen bei den zwei Drittel der Bevölkerung, die keinen Hochschulabschluss erworben haben – insbesondere bei den weißen Männern – zur Demütigung und Wut.

Das ist der Kern des populistischen Aufstandes gegen die Eliten. Implizit wird damit immer wieder gesagt, wer nicht erfolgreich ist, ist selbst schuld. Er ist nicht „smart“, sondern „dumb“ und arbeitet nicht hart genug. Trump bekam zwei Drittel der Stimmen der weißen Wählerinnen ohne Uni-Abschluss – noch mehr bei den Männern.

Dagegen haben die Maßnahmen zur Erhöhung der Chancengleichheit für die Frauen, für einen Teil der Farbigen und für andere Minderheiten durchaus Vorteile gebracht. Deshalb werden die Demokraten auch weiterhin von den Schwarzen und Farbigen weit überproportional gewählt.

Interessant sind auch die Veränderungen bei der Wahl 2020. Diesmal hat

⁴ Branko Milanovic: Kapitalismus Global, Verlag Suhrkamp, Berlin 2020; Originalausgabe: *Capitalism, Alone. The Future of the System That Rules the World*. Harvard University Press – Cambridge/Massachusetts und London 2019

Trump offensichtlich bei den Frauen der weißen Mittelschicht in den Suburbs Stimmen verloren, bei den ärmeren Schichten aber sogar teilweise dazu gewonnen. Sogar in den ärmeren Schichten der Schwarzen und der Latinos hat 2020 die Zustimmung für Trump gegen den Trend zugenommen.

Warum das Gerede von Aufstieg und Chancengleichheit Menschen demütigt



Sandel glaubt daher, dass bei Trumps Wahl die Antipathie gegen die Leistungseliten eine wichtige Rolle gespielt hat. Viele Menschen sind nicht am Aufstieg interessiert, sie sehen in der Globalisierung eine Bedrohung und fordern daher eine Rückbesinnung auf nationale Souveränität, Identität und nationalen Stolz. Sie sind wütend auf die meritokratischen Eliten, die „Experten“ und „Akademiker“, die die Vorteile der Globalisierung einstreichen und die diejenigen, die nicht „aufgestiegen“ sind, verachten.

Solange der Erfolg von Menschen offensichtlich vererblich war (durch Adel oder Reichtum) oder wenn er vom Zufall abhängt, dann führte das manchmal sogar zu Demut bei den Gewinnern. Je mehr sie sich aber für eigenverantwortlich halten und glauben, dass sie ihr hohes Einkommen „verdienen“, desto unwahrscheinlicher ist es, dass sie sich um das Schicksal derer kümmern, die weniger begünstigt sind. Denn wenn der Erfolg vom Können abhängt, dann sind die Verlierer selbst schuld. In der Debatte um Obamacare (Krankenversicherung) gingen einige konservative Gegner so weit, dass sie sagten, Kranke seien zum Teil selbst schuld, da Gesundheit erheblich vom Lebensstil abhängt. Deswegen sei eine allgemeine Krankenversicherung ungerecht.

Natürlich unterstützten die Liberalen (gemeint sind in den USA damit linke Demokraten) Obamacare – auch weil das für ihr Verständnis mehr Chancengleichheit bedeutet. Alle Menschen sollen ungeachtet ihrer Hautfarbe, Klasse, Religion, ethnischen Zugehörigkeit und sexuellen Orientierung gleiche Chancen haben. Dazu sollen mehr Bildung, Gesundheitsfürsorge, Kinderbetreuung usw. beitragen. Aber je mehr Linke aus der Oberschicht kamen, desto

weniger wurden die alten linken Forderungen nach Umverteilung und sozialer Gerechtigkeit noch verfolgt, so dass in Folge der Globalisierung in den USA – aber auch in Europa – die Ungleichheit seit 1980 deutlich zunahm und der Sozialstaat sogar geschwächt wurde.

Damit änderte sich der Diskurs: Es ging nicht mehr vorrangig um Solidarität und Wohlfahrt für alle, sondern um gleiche Chancen im Leistungswettbewerb. Deswegen wird seit den 90-er Jahren immer mehr die Eigenverantwortung jedes Einzelnen betont. Anspruch auf Unterstützung haben dann nur diejenigen, die „nicht durch eigenes Verschulden“ in eine Notlage geraten sind. Das impliziert aber, dass die anderen selbst schuld sind und dann zu Recht aus dem sozialen Netz fallen.

Für Clinton – aber auch für Barack Obama – war der „Aufstieg“ das wichtigste Thema. Dazu sah Obama als zentrales Vehikel eine Universitätsausbildung an. Jeder sollte die gleiche Chance auf Erfolg haben – „man kann es schaffen“ – insbesondere durch „harte Arbeit“. Das bedeutete aber auch eine Demütigung für zwei Drittel der Bevölkerung, die es „nicht geschafft haben“.

Entdemokratisierung



Ein Grundfehler der Konzeption der Meritokratie besteht also darin, dass sie die Gewinnenden heiligt und die Verlierenden verunglimpft. Sandel sieht darin auch eine Form von Entdemokratisierung. Je mehr die Ausübung von Politik als eine Angelegenheit von „smart“ versus „dumb“ dargestellt wird, desto stärker plädiert man dafür, dass Entscheidungen von „smarten“ Leuten (Expertinnen und Eliten) getroffen werden, anstatt allen Bürgerinnen Zugang zu Diskussionen darüber zu ermöglichen, welche Politik beschlossen werden soll.

Für Obama war „intelligent“ und „smart“ die höchste Form des Lobes. Er sprach jeweils von „intelligenter“ Außenpolitik, Regulierungen, Ausgabenkürzungen, Einwanderungspolitik, Energiepolitik usw. Zu den Fehlern dieses technokratischen Politikansatzes gehört, dass die Entscheidungsfindung in die Hand von Eliten gelegt wird und damit normale Bürger entmachtet werden.

Dementsprechend trauen die Politiker den einfachen Menschen nicht mehr zu, gute Entscheidungen zu treffen. So ist es kein Zufall, dass die Grünen – die Partei mit den meisten Akademikerinnen neben der FDP – die Forderung nach einem bundesweiten Volkentscheid aus ihrem Grundsatzprogramm gestrichen haben und auch die SPD, die diese Forderung seit über 100 Jahren vertreten hat, diese fallengelassen hat. Auch dies ist vermutlich eine Folge des beschriebenen Elitedenkens verbunden mit einem Misstrauen gegen die Mehrheit der Nichtakademikerinnen.

Vielleicht ist es daher interessant, dass die weiße Unterschicht Trump nicht wegen seiner absurden Klimapolitik gewählt hat. Die Leugnung der Klimagefahr ist bei den Hochschulabgängerinnen unter den Trump-Wählenden sogar höher als bei den Wählenden ohne Hochschulabschluss. Auch die völlig ungerechte Steuerpolitik zugunsten der Reichen war kein Grund ihn zu wählen. Er behauptete ja auch frech das Gegenteil. Aber er kann sich diese Art von Politik leisten, weil das Vertrauen vieler Menschen in die „Experten“, die „Smarten“ zerstört ist.

Bildung als Antwort auf Ungleichheit



Alle etablierten Parteien erklärten seit den 90-er Jahren Bildung zum Kernstück ihrer Reaktion auf die wachsende Ungleichheit, die stagnierenden Löhne und den Verlust von Arbeitsplätzen in der produzierenden Industrie. Bildung sei die Lösung für die wirtschaftlichen Nöte in der globalisierten Wirtschaft des 21. Jahrhunderts. Der ältere Präsident Bush war der erste Präsident, der in seinen Reden das Wort „smart“ verwendete – nicht nur für Personen, sondern auch als Begründung für seine Politik. Bei Clinton, Bush-II und Obama nahm die Verwendung ständig zu. In der New York Times verachtete sich die Verwendung des Wortes von 1980 bis 2018, ebenso verdoppelte sich die Verwendung des Wortes „dumb“.

Die Linke war erfolgreich bei den Themen, bei denen es darum ging, die Leistungsgesellschaft noch leistungsorientierter zu machen. Dazu gehören auch die Bekämpfung von Rassismus, die Gleichberechtigung von Frauen und die Rechte für Homosexuelle. Dagegen ist sie bei der Linderung der zunehmenden

den Ungleichheit der Einkommen gescheitert.

Eine Befragung von Uni-Absolventinnen über ihre Abneigung gegenüber bestimmte diskriminierte Menschengruppen ergab, dass sie nicht weniger Vorurteile haben als weniger gebildete, aber andere Vorurteile. Bei Uni-Absolventen war die Abneigung gegen „weniger gebildete“ größer als die gegenüber Afroamerikanern, Arbeitern, Armen und Fettleibigen. Die Bewertung durch die Adjektive „*smart*“ versus „*dumb*“ durch Politiker ist ein Versuch, eine politische Debatte unideologisch zu führen. Die Aussage von Obama, dass jeder Mensch einen Hochschulabschluss braucht, war daher keine Lösung, da zwei Drittel der Bevölkerung keinen bekommen. Tatsächlich ist es ein moralisches Urteil über die Mehrheit der Menschen, die im Wettbewerb versagt hat und damit eine Diskriminierung aller, die nicht studiert haben.

Kredentialismus – der Glaube an Zeugnisse



Die Betonung der Bildung geht einher mit der Überschätzung von Zeugnissen und akademischen Abschlüssen. Im amerikanischen Kongress haben 95 Prozent der Abgeordneten und 100 Prozent der Senatsmitglieder einen akademischen Grad. In UK sank die Zahl der Labourabgeordneten ohne akademischen von 41 Prozent im Jahre 1979 auf 16 Prozent im Jahre 2017. Auch im deutschen Bundestag haben nur 17 Prozent der Abgeordneten keinen Hochschulabschluss – in der Gesamtbevölkerung dagegen 82 Prozent. Umgekehrt haben weniger als 2 Prozent der Abgeordneten einen Hauptschulabschluss oder gar keinen Schulabschluss – in der Gesamtbevölkerung dagegen 33 Prozent.

In der Regierung von Roosevelt, die in den 30er Jahren das Sozialsystem der USA schuf, den Spitzensteuersatz auf 94 % an hob und dafür viermal wiedergewählt wurde, waren viele strategische Positionen mit Nichtakademikern besetzt. In der erfolgreichsten britischen Labour-Regierung unter Attlee, die nach dem zweiten Weltkrieg das britische Sozialsystem gestaltete, hatten sieben Minister ihr Arbeitsleben im Kohlebergbau begonnen, darunter 2 Schulabbrecher – der Außenminister und der Gesundheitsminister.

Auch in der Industrie hat sich der Glaube an Zeugnisse immer mehr verbreitet. Wer einen Hochschulabschluss hat, hält häufig Menschen, die eine Lehre gemacht haben, für weniger kompetent. Bis in die 80er Jahre gab es noch eine größere Durchlässigkeit. Arbeiter wurden Vorarbeiter, Meister, Techniker, Abteilungsleiter und schafften es bis in höhere Etagen. Heute darf man ohne einen Uni-Abschluss kaum noch eine Gruppe leiten.

Es ist kein Wunder, dass Trump überwiegend von Menschen ohne Hochschulabschluss gewählt wurde. Die 30 Wahlkreise mit dem höchsten Anteil von Uni-Absolventinnen fielen 2018 alle an die Demokraten. Aber 61 Prozent der weißen Wählerinnen ohne Hochschulbildung stimmten für die Republikaner. In England stimmten sogar 70 Prozent der Wählerinnen ohne akademische Bildung für den Brexit, dagegen stimmten 70 Prozent der Akademikerinnen dagegen.

Nur ein Drittel der Republikaner bewerten höhere Bildung positiv. Die Universitäten sind für sie zum Symbol „kredentialistischer Privilegien“ und „meritokratischer Überheblichkeit“ geworden.

Erfolgsethik



Sandel sieht in der Leistungsgesellschaft auch ein grundsätzliches ethisches Problem, selbst wenn eine echte Chancengleichheit hergestellt würde. „Werden Jobs und Chancen gemäß der Leistung vergeben, wird die Ungleichheit nicht geringer – sie wird lediglich so umetikettiert, dass sie mit den Fähigkeiten übereinstimmt. Diese Grundannahme vertieft die Kluft zwischen Arm und Reich.“ Das meritokratische Ideal ist also kein Mittel gegen die Ungleichheit und für mehr Gerechtigkeit, sondern es ist eine Rechtfertigung von Ungleichheit.

Sandel fragt, ob Erfolg ein Verdienst ist. Natürlich gehört zum Erfolg fast immer auch Fleiß und harte Arbeit. Aber besonders hohe Intelligenz ist zum Teil auch angeboren. Dass ein Baseballspieler Millionen verdient, ist Glück, weil heute Baseball sehr populär ist. Vor hundert Jahren oder auch in Europa hätte er damit nicht seinen Lebensunterhalt verdienen können. Und auch der Fleiß und die Anstrengung

hängen erheblich mit der Familie zusammen, in der jemand aufgewachsen ist und von Lehrerinnen, die ihn motiviert haben.

Auch hat der ökonomische Erfolg nichts mit Verdienst für die Gesellschaft zu tun. Eine (in den USA) schlecht bezahlte Lehrerin oder eine Krankenpflegerin leisten mehr für die Gesellschaft als ein genialer Drogenproduzent oder ein Casino-Mogul, die das Hundertfache an Geld verdienen, aber nicht „verdienen“.

Schlechte Bezahlung bedeutet weniger soziale Wertschätzung



Arbeit ist auch eine Quelle sozialer Anerkennung und Wertschätzung. Wenn schlechte Bezahlung damit begründet wird, dass die Arbeit weniger zum Gemeinwohl beiträgt, dann entwertet dies die Arbeit auch kulturell. Dazu kommt die wachsende Arbeitslosigkeit der Ungebildeten. 1971 hatten 93 Prozent der weißen Männer aus der Arbeiterklasse (*darunter versteht man in den USA Handarbeit sowie Dienstleistungen und Bürojobs ohne Ausbildung*) einen Job, 2017 hatten nur noch 68 Prozent der Amerikaner ohne Ausbildung einen Arbeitsplatz.

Die Folge der mangelnden Wertschätzung drückt sich auch psychologisch aus. Kennzeichen dafür sind die „Todesfälle aus Verzweiflung“. Dazu rechnen Ökonomen (*Case und Deaton, Princeton University*) Suizid, Überdosen und alkoholbedingte Lebererkrankungen. Von 1990 bis 2017 verdreifachten sich diese Todesfälle bei weißen Männern und Frauen zwischen 45 und 54 und waren häufiger als der Tod durch Herz-Kreislaufkrankheiten. Dieser Zuwachs trat fast ausschließlich bei Menschen ohne Bachelor oder einen anderen Abschluss auf. Seit den 1990er Jahren ist die Sterberate bei Hochschulabsolventen in diesem Alter um 50 Prozent gesunken, die bei Personen ohne akademischen Grad dagegen um 25 Prozent gestiegen. Allein 2016 starben mehr Männer an einer Überdosis als im gesamten Vietnamkrieg.

Dabei ging diese Zunahme nicht mit einer Zunahme von Armut einher. Der Labour-Politiker Michael Young sagte in einer Kritik an Tony Blair: „*In einer*

Gesellschaft, die so viel Aufhebens um Verdienste macht,“ sei es hart „als jemand gesehen zu werden, der keine vorzuweisen hat. Keine Unterschicht ist je so moralisch entblößt worden wie diese.“ Typisch dafür ist die Darstellung von Familienvätern aus der Arbeiterklasse im Fernsehen als Hanswurst, die von ihren Frauen dominiert werden, wie zum Beispiel Homer Simpson.

Diese Menschen fühlen sich im Stich gelassen und sind gleichzeitig sauer, dass andere (Schwarze, Frauen, Immigranten, Flüchtlinge) sich „vordrängeln“ und sie dann von den Eliten als Rassisten, Hinterwäldler, „white trash“ und Ähnliches beschimpft werden.

Sandel fordert daher, dass die Politik die elitäre Herablassung und die examensgläubigen Vorurteile bekämpfen muss und die Würde der Arbeit in den Mittelpunkt der politischen Agenda stellen muss. Dazu gehört auch eine entsprechende Bezahlung – aber auch eine Anerkennung der Arbeit als Beitrag zum Gemeinwohl.

Besonders zersetzend ist die wachsende Rolle der Finanzwirtschaft und die hohen Löhne und Provisionen, die dort gezahlt werden. Obwohl dort nichts produziert wird, sondern nur Gewinne aus produktiven Sektoren abgezogen werden, werden dort um 70 Prozent höhere Gehälter bezahlt. Das mit diesen Einkommen verbundene Prestige ist der blanke Hohn für diejenigen, die ihren Lebensunterhalt damit verdienen, dass sie in der Realwirtschaft nützliche Güter und Dienstleistungen produzieren. Deshalb sollten Vermögen und Finanztransaktionen hoch besteuert werden.

Zur aktuellen politischen Debatte in Deutschland

Es gibt in den Sozialwissenschaften konservative Autoren, die zynisch behaupten, die schweren Verluste von linken Parteien und der Vormarsch von rechten Bewegungen sei auf die Fixierung der linksliberalen Politiker auf Antidiskriminierungsfragen wie Genderpolitik und Antirassismus zurückzuführen. Sahra Wagenknecht geht in ihrem Buch *„Die Selbstgerechten“* sogar noch einen Schritt weiter.^[5] Sie hält die

5 Sahra Wagenknecht: Die Selbstgerechten – Mein Gegenprogramm – für Gemeinsinn und Zusammenhalt.

sogenannte Identitätspolitik linker Parteien für eine Diskussion unter ökonomisch Privilegierten.

Dem widerspricht die Jenaer Soziologin und Diskursforscherin Silke van Dyk entschieden:^[6] Diese Argumentation habe einen alten konservativ-reaktionären Kern. Tatsächlich sei aber der kollektive Kampf für Arbeiteremanzipation stets mit der Entdeckung der Individualität verbunden gewesen. Feministische Kämpfe waren nie Minderheitenkämpfe. Der Kampf gegen Rassismus in den USA ist existentiell für die Solidarität der Unterschichten. Es ist deshalb nicht falsch, wenn die Linke sich für Frauengleichstellung, für die Rechte von Farbigen, von Minderheiten und von Migrantinnen einsetzt. Die Linke muss sich auch nicht an Nationalisten und Rassisten anpassen und sich gegen Migranten wehren. Sarah Wagenknecht hat Unrecht, wenn sie diese Alternativen gegeneinander ausspielt.

Neu an der Analyse von Sandel ist aber, dass es bei der Abwendung der Unterschichten von den Linken Parteien nicht nur um die mangelnde Bekämpfung der Ungleichheit geht. Die Linke muss sich auch für die Würde der Arbeit – von der Krankenpflege bis zur Müllabfuhr – in der Gesellschaft einsetzen. Vielleicht erklärt das auch den Ost-West-Unterschied bei den Wahlergebnissen der AfD. Es könnte durchaus sein, dass die empfundene Demütigung in den neuen Bundesländern stärker empfunden wird als im Westen, da in der DDR nahezu alle Menschen die polytechnische oder die erweiterte Oberstufe absolvierten und damit fast gleich waren. Daraus erwächst heute um so mehr das Gefühl der Herabsetzung durch die „Gebildeten“, die oft auch noch aus dem Westen gekommen sind.

Zur Würde der Arbeit gehört aber auch, dass die Verlierer des Systems nicht bedauert werden wollen. Die jeweilige programmatische Betonung, dass die Grünen/die Linken/die SPD gegen soziale Ungerechtigkeit sind, reicht deshalb nicht aus und ist sogar kontraproduktiv, wenn der Eindruck entsteht,

Campus, Frankfurt am Main 2021

6 Silke van Dyk, Stefanie Graefe: Wer ist Schuld am Rechtspopulismus? Zur Vereinnahmung der Vereinnahmungsdiagnose: Eine Kritik. Leviathan, 47. Jahrgang 4/2019, Professorin für politische Soziologie in Jena.

dass sie die Verliererinnen bemitleiden. Interessanterweise scheint die Wahlwerbung von Olaf Scholz dies zu berücksichtigen: In seinem Wahlflyer heißt es gleich zu Beginn: *„Eine Gesellschaft des Respekts – Respekt heißt: die Würde der Arbeit wertschätzen“.*

Und schließlich geht es nicht nur um die Würdigung der Arbeit in den Reden. Es geht auch um Fakten: Die faire Bezahlung für die Arbeit und die Besteuerung der Reichen. Und dazu gehört auch ein Sozialsystem, das eine sichere auskömmliche Rente, ein gutes Gesundheitssystem, eine gute Arbeitslosen- und Invalidenversicherung für alle Menschen bereitstellt. Und schließlich gehört dazu insbesondere auch ein staatliches kostenloses Kinderbetreuungs- und Bildungssystem, das eine gute kostenlose Ausbildung und Weiterbildung für alle Menschen je nach ihren Fähigkeiten gewährleistet, ohne sie einem gnadenlosen Selektionssystem auszusetzen.

Zum Autor

Karl-Martin Hentschel



ist Mathematiker, Autor und Unternehmenssteuerexperte. Er war Fraktionsvorsitzender der Grünen im Landtag Schleswig-Holstein während der rot-grünen Simonis-Regierung, Gründungsmitglied von Attac und Koordinator der AG Finanzmärkte und Steuern. Heute ist er Mitglied im Vorstand des Netzwerks Steuergerechtigkeit und von Mehr Demokratie e. V. Zurzeit leitet er für mehrere NGOs eine Arbeitsgruppe, die auf Basis der vorliegenden wissenschaftlichen Studien den optimalen Weg analysiert, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen.

https://de.wikipedia.org/wiki/Karl-Martin_Hentschel



Karl-Martin Hentschel:

„Demokratie für morgen – Roadmap zur Rettung der Welt“

Er holt die wirklich großen Fragen aus dem politischen Warteraum. Er erläutert, wie die Demokratie weiterentwickelt werden kann, damit sie die scheinbare Alternativlosigkeit überwindet und sich von den Zwängen der Konzerne und Finanzmärkte emanzipiert.

<https://shop.humane-wirtschaft.de/hentschel>